**Ordnungsbehördliche Verordnung
über die Rattenbekämpfung
im Kreis Mettmann
vom xx.xx.2010
(Abl. ME vom xx.xx.2010)
-in Kraft getreten am 01.01.2011-**

Aufgrund des § 27 des Gesetzes über den Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden - Ordnungsbehördengesetz (OBG) – in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Mai 1980 (GV. NRW. S. 528), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 08. Dezember 2009 (GV. NRW. S. 765, 793) und des § 17 Abs. 2 des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz - IfSG) vom 09.06.2000 in der Fassung der Bekanntmachung vom 20.07.2000 (BGBl. I S. 1045) zuletzt geändert durch Artikel 2a des Gesetzes vom 17. Juli 2009 (BGBl. I S. 2091) wird vom Kreis Mettmann als Kreisordnungsbehörde gemäß dem Beschluss des Kreistages des Kreises Mettmann vom xx.xx.2010 für das Gebiet des Kreises Mettmann folgende ordnungsbehördliche Verordnung erlassen:

§1

Begriffsbestimmung

Ratten im Sinne dieser Verordnung sind Wanderratten (*Rattus norvegicus*) und Hausratten (*Rattus rattus*).

§ 2

Durchführung der Rattenbekämpfung

- (1) Zur Abwehr der unmittelbaren Gefahren, die der Allgemeinheit durch das Auftreten von Ratten im Kreis Mettmann drohen, führt die Kreisordnungsbehörde im Auftrag der kreisangehörigen Städte ständige Rattenbekämpfungsmaßnahmen durch.
- (2) Die Kreisordnungsbehörde bedient sich bei der Rattenbekämpfung eines sachkundigen Unternehmens der Schädlingsbekämpfung.
- (3) Den Bediensteten des beauftragten Unternehmens wird eine Legitimation des Gesundheitsamtes ausgestellt, mit der sie sich auf Verlangen ausweisen können.

- (4) Die Schädlingsbekämpfungsunternehmen müssen bei der Auslegung von Gift Warnschilder anbringen. Sie haben den gem. § 3 Verpflichteten über Art und Umfang der Giftauslegung unverzüglich Kenntnis zu geben.
- (5) Von den Bekämpfungsmaßnahmen nach dieser Verordnung sind alle Betriebe und Einrichtungen, die auf Grund gesetzlicher oder anderweitiger Verpflichtungen (z. B. Hygienevorschriften) zur Rattenbekämpfung verpflichtet sind, ausgenommen. Dies sind insbesondere
- Betriebe, die gewerbsmäßig Lebensmittel herstellen, behandeln, lagern und in Verkehr bringen, denen es auf Grund gesetzlicher Verpflichtungen (z. B. Hygienevorschriften) obliegt, Schädlingsbefall nach dem Stand der Technik sachgerecht zu bekämpfen
 - Betriebe nach der Schweinehaltungshygieneverordnung
 - Betreiber von Friedhöfen
 - Betreiber von Müllumladestellen.
 - Betriebe, denen die Rattenbekämpfung auf Grund von Nutzungsgenehmigungen o.a. behördlich auferlegt wurde.

§ 3

Duldungspflicht

- (1) Alle zum Gebrauch oder zur Nutzung bebauter oder unbebauter Grundstücke dinglich oder schuldrechtlich Berechtigten sind verpflichtet, die zu treffenden Maßnahmen zur Rattenbekämpfung zu dulden.
- (2) Zu den nach Abs. 1 Verpflichteten gehören insbesondere die Eigentümer, Mieter und Pächter von Grundstücken im Kreis Mettmann einschließlich ihrer gesetzlichen Vertreter oder Bevollmächtigten. Die gleiche Verpflichtung obliegt den Unterhaltungspflichtigen von Dämmen, Deichen, Flüssen und Bächen, stehenden Gewässern, Abwasser- und Kabelkanälen, Bahn- und Autobahnkörpern sowie sonstigen Verkehrsflächen.
- (3) Die Duldungspflicht erstreckt sich auf alle Örtlichkeiten, an denen Maßnahmen zur Rattenbekämpfung getroffen werden, insbesondere auf Kellerräume und Verschläge, Böden, Speicher, Gruben, Gärten, Stallungen und Lagerplätze.

§ 4

Mitwirkungspflicht

- (1) Duldungspflichtige haben das Auftreten von Ratten auf ihrem Grundstück unverzüglich der örtlichen Ordnungsbehörde anzuzeigen. Sofern anzunehmen ist, dass Ratten von Nachbargrundstücken oder sonstigen Stellen zugewandert sind, ist darauf in der Anzeige besonders hinzuweisen.
- (2) Den Bediensteten des durch die Kreisordnungsbehörde beauftragten Bekämpfungunternehmens ist zu allen relevanten Örtlichkeiten Zutritt zu gestatten.
- (3) Sie sind bei ihrer Arbeit durch die Verpflichteten zu unterstützen. Insbesondere sind alle hindernden Gegenstände, deren Aufbewahrung unvermeidbar ist, so zu lagern, dass die Bekämpfungsmittel wirksam ausgelegt werden können.
- (4) Die Verpflichteten haben sich sorgfältig über Art und Umfang der Giftauslegung Kenntnis zu verschaffen. Die angebrachten Warnschilder sind zu beachten. Menschen und Tiere sind von den Bekämpfungsmitteln fernzuhalten.
- (5) Unternehmen gemäß § 2 Absatz 5 haben sich aktiv an einer gemeinschaftlichen Rattenbekämpfung aufgrund ihrer eigenen Verpflichtung zu beteiligen, wenn der Rattenbefall von ihrem Grundstück ausgeht.
- (6) Die fachgerechte Entsorgung getöteter Ratten obliegt dem beauftragten Unternehmen, es sei denn, es besteht keine Notwendigkeit zur Entsorgung
- (7) Personen, die dauernd oder zeitweilig außerstande sind, ihre Pflichten nach dieser Verordnung wahrzunehmen, haben dafür zu sorgen, dass die Pflichten von Dritten erfüllt werden.

§ 5

Vorbeugung

- (1) Alle Ansammlungen von Müll und Gerümpel, die das Entstehen von Rattenherden begünstigen, sind von den Verpflichteten zu vermeiden oder unverzüglich zu beseitigen.
- (2) Handels-, Gewerbe-, Industrie-, und Landwirtschaftsbetriebe haben die der Aufbewahrung von Verarbeitungsprodukten, Erzeugnissen und Handelswaren dienenden Plätze und Räume so einzurichten und zu benutzen, dass die Ansiedlung und Anlockung von Ratten vermieden wird.
- (3) Wenn Rattenbefall festgestellt worden ist, sind unverzüglich bauliche Mängel, die den Aufenthalt von Ratten begünstigen oder den Zugang der Ratten in Gebäude erleichtern, zu beseitigen. Keller und Dachluken sind durch engmaschige Gitter zu sichern, Lücken und Löcher im Mauerwerk abzudichten sowie schadhafte Abwasserleitungen instand zu setzen.

§ 6

Kosten

Die örtlichen Ordnungsbehörden tragen die Kosten der Maßnahmen, die aufgrund dieser Verordnung in ihrem Gebiet getroffen werden; die Kostentragungspflicht Dritter wird hierdurch nicht berührt.

§ 7

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
 1. entgegen § 3 Rattenbekämpfungsmaßnahmen nicht duldet oder behindert,
 2. gegen die Anzeigepflicht gemäß § 4 Absatz 1 Satz 1 verstößt,
 3. entgegen § 4 Abs. 2 bis 7 nicht bei der Rattenbekämpfung mitwirkt,
 4. entgegen § 5 Maßnahmen der Vorbeugung nach Aufforderung durch den Schädlingsbekämpfer oder die Ordnungsbehörde unterlässt,
 5. Warnschilder gemäß § 2 Abs. 4 entfernt oder unkenntlich macht.

(2) Ordnungswidrigkeiten können mit einer Geldbuße von bis zu 5.000 Euro geahndet werden, sofern sie nicht nach Bundes- oder Landesrecht mit einer Strafe oder Geldbuße bedroht sind.

(3) Zuständige Behörde für die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten ist die örtliche Ordnungsbehörde.

§8

Geltungsdauer

Diese Verordnung tritt am 01. Januar 2011 in Kraft und gilt bis zum 31. Dezember 2015.

Kreis Mettmann

Der Landrat

Mettmann, den

Thomas Hendele

Landrat

Werkvertrag

Zwischen dem Kreis Mettmann,
Düsseldorfer Str. 26, 40822 Mettmann,
vertreten durch den Landrat,
nachstehend „Kreis“ genannt,
und
der Fa. xxxxx
xxxxxxxxxx,xxxxxxxxxx,
vertreten durch Herrn/FrauXXXXXX,
nachstehend „Unternehmer“ genannt,

wird auf der Grundlage der ordnungsbehördlichen Verordnung des Kreises Mettmann über die Rattenbekämpfung im Kreis Mettmann vom xx.xx.2010 folgender Vertrag über die Rattenbekämpfung geschlossen:

§ 1 Vertragsgegenstand

- (1) Der Kreis beauftragt den Unternehmer mit der Bekämpfung von vorwiegend Wanderratten (*Rattus norvegicus*), aber im Einzelfall auch Hausratten (*Rattus rattus*) im Kreis Mettmann. Die Grenzen ergeben sich aus dem beiliegenden Plan. Voraussetzung für die Wirksamkeit dieses Vertrages ist das Inkrafttreten der ordnungsbehördlichen Verordnung über die Rattenbekämpfung im Kreis Mettmann im Vertragszeitraum.
- (2) Der Unternehmer verpflichtet sich zur Bekämpfung der Ratten im Kreis Mettmann. Bekämpfungsverträge, die zwischen ihm und Dritten abgeschlossen wurden und werden, bleiben davon unberührt. Die Befallsbekämpfung im Kreis Mettmann hat koordiniert zu erfolgen. Dies bezieht sich auf die zeitgleiche Bekämpfung im Kanal wie oberirdisch, aber auch auf die Einbeziehung von anderweitig zur Bekämpfung Verpflichteten in die behördlich beauftragten Maßnahmen. Zusätzlich zu den aktuellen Bekämpfungsmaßnahmen hat eine Einbeziehung der Bevölkerung in die Bekämpfung durch Aufklärungsmaßnahmen zu erfolgen. Befallsstellen sind so lange zu belegen, bis der Köder nicht mehr angenommen wird. Hierbei ist darauf zu achten, dass die gesamte Population eines Rudels zu tilgen ist und dass attraktive rattenfreie Gebiete einen raschen Zuzug neuer Populationen bedeuten. Nicht angenommene oder verdorbene Köder sind durch den Unternehmer zeitnah zu beseitigen und bestimmungsgemäß zu entsorgen. Grundlage für die Rattenbekämpfung ist eine Erhebung des Ausgangsbefalls. Diese hat durch die Auswertung der Vorjahresstatistik, eigene Befallserhebungen und Begehungen zu erfolgen. Alle Maßnahmen sind gemäß § 4 Abs. 2 dieses Vertrages zu dokumentieren.

- (3) Der Unternehmer verpflichtet sich, nach den täglichen Meldungen durch die Ordnungsämter innerhalb von einer Woche mit der Bekämpfung zu beginnen, in den vom jeweiligen Ordnungsamt kenntlich gemachten Eilfällen situationsadäquat früher. Für dringende Fälle sichert der Unternehmer eine Service- und Reaktionszeit von längstens vier Stunden zu. Zur optimalen Zusammenarbeit und Erreichbarkeit zwischen Ordnungsämtern und Unternehmer sind jeweils Fax-, Telefon- und ggf. Handynummern zu Beginn des Vertrags auszutauschen. Auch hat der Unternehmer den Ordnungsämtern Vordrucke zur Befallsmeldung zur Verfügung zu stellen, die diese nach Feststellung eines Bedarfs an eine zentrale Telefaxnummer des Unternehmers nach Befallsmeldungen durch den Bürger senden. Nach Abschluss der Bekämpfung erhält das Ordnungsamt vom Unternehmer schriftlich die Testierung der Tilgung des Befalls, sowie die sonstigen bei der Bekämpfung festgestellten Besonderheiten mitgeteilt. Der Kreis behält sich vor, zeitnah nach gemeldetem Abschluss der Bekämpfungsmaßnahmen Erfolgskontrollen durchzuführen. Wird hierbei Befall festgestellt, ist der Unternehmer zur Nachbesserung verpflichtet.
- (4) Kanalisation, Kläranlagen und sonstige Befallsschwerpunkte im Kreisgebiet hat der Unternehmer unabhängig von Befallsmeldungen mindestens einmal jährlich zu kontrollieren. Falls erforderlich, sind unverzüglich Bekämpfungsmaßnahmen durchzuführen. Die Belegung der Kanäle hat regelmäßig, mindestens einmal pro Jahr pro Stadt zu erfolgen. Hierzu sind Absprachen mit den Tiefbauämtern über den geeigneten Zeitpunkt und die festgestellten Befallsschwerpunkte zu treffen. Das für die Kanalbelegung benötigte Equipment stellt der Unternehmer zur Verfügung. Hierzu gehört mindestens ein in Warnfarbe kenntlich gemachtes Fahrzeug. Grundlage der Kanalbelegung ist die Befallserhebung. Hierzu ist ein Raster über alle Kanäle zu legen und sind die Befallsquote und -schwerpunkte zu kartieren. Sind bei der Belegung frische Rattenspuren erkennbar, sind die entsprechenden Einstiege zu markieren und nach zu verfolgen. Im Rahmen der Kanalbelegung sind nach einer Woche Nachkontrollen durchzuführen. Wird weiterer Befall festgestellt, ist dieser so lange zu verfolgen, bis die Köder nicht mehr angenommen werden. Auf die Notwendigkeit der zeitgleichen oberirdischen Bekämpfung wird hingewiesen. Auch bei der Kanalbelegung hat eine Dokumentation im Sinne des § 4 Abs. 2 dieses Vertrages zu erfolgen. Diese ist dem Kreis mit der Bestätigung des jeweiligen Tiefbauamtes über den erfolgreichen Abschluss der Arbeiten vorzulegen. Der Kreis behält sich vor, selbst oder über die Tiefbauämter Stichproben durchführen zu lassen. Wird bei mehr als 10 % der beprobten Einstiege in der Fläche oder bei mehr als drei Einstiegen mit Vorbefall weiterhin Rattenbefall festgestellt, ist der Unternehmer zur Nachbesserung verpflichtet.
- (5) Der Unternehmer hat dafür zu sorgen, dass eine Befallsquote von 3 %, bezogen auf die Anzahl der bebauten Grundstücke im Gebiet der kreisangehörigen Städte, nicht überschritten wird. Steigen die im Laufe des Jahres eingehenden Meldungen im Vergleich zu den Vorjahren in einem Gebiet signifikant an, hat er unverzüglich nach den Ursachen zu forschen und für Abstellung zu sorgen; dies gilt auch für das Freiland und die Kanalisation.

- (6) Sollten mehr als 20 % der bewirtschafteten Grundstücke einer kreisangehörigen Stadt befallen sein, ist der Unternehmer zur Durchführung einer großräumigen Rattenbekämpfung verpflichtet.
- (7) Auf Verlangen des Kreises bietet der Unternehmer Beratungen für spezielle Zielgruppen der Bevölkerung (z.B. Landwirte) an und führt im Einzelfall auch vor Ort Besichtigungen durch.

§ 2 Unterbeauftragung

- (1) Eine Unterbeauftragung von anderen Schädlingsbekämpfungsfirmen als Subunternehmer an den zur Vertragserfüllung erforderlichen Maßnahmen bedarf der jeweiligen Zustimmung des Kreises. Die Zustimmung kann erteilt werden, wenn der Vertragszweck oder sonstige Interessen und Belange des Kreises nicht beeinträchtigt werden. Auf Verlangen hat der Unternehmer die beabsichtigten Subunternehmerverträge dem Kreis zur Prüfung vorzulegen. Bei der Auswahl der Subunternehmer hat der Unternehmer die wettbewerbsrechtlichen Regeln zu beachten. Kleine und mittlere Unternehmen sollen beteiligt werden.
- (2) Die Verpflichtungen des Unternehmers gegenüber dem Kreis aus diesem Vertrag und seine Verpflichtungen gegenüber Dritten, soweit diese aus diesem Vertrag oder aus seiner Durchführung Rechte herleiten können, werden von einer Unterbeauftragung nicht berührt.

§ 3 Einsatz von Rattenbekämpfungsmitteln

- (1) Die Ratten dürfen nur mit einem gemäß § 18 des Infektionsschutzgesetzes vom Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) geprüften und anerkannten Präparat bekämpft werden. Das Präparat muss in der geeigneten Köderzubereitung angewendet werden.
- (2) Das zur Anwendung vorgesehene Präparat ist dem Kreis rechtzeitig vor Aufnahme der Tätigkeit zu benennen. Erfolgen binnen einer Woche keine Einwände, gilt es als genehmigt. Gleiches gilt für den Wechsel des Präparates während der Vertragslaufzeit.
- (3) Der Unternehmer hat bei der Auslegung von Giften an gut sichtbarer Stelle Warnschilder anzubringen. Den betroffenen Nutzungsberechtigten der Grundstücke und Gebäude, ggf. ihren gesetzlichen Vertretern oder Bevollmächtigten, ist von Art und vom Umfang der Giftauslegung unverzüglich Kenntnis zu geben. Das Gift ist so auszulegen, dass Menschen, Haustiere und Wild nicht gefährdet werden. Bei Bedarf hat der Unternehmer geeignete Köderstationen einzusetzen. Der Einsatz erfolgt zu Lasten des Unternehmers.

- (4) Der Unternehmer hat auf Verlangen des Kreises das eingesetzte Rodentizid zu wechseln.
- (5) Maßnahmen zur An- bzw. Vorköderung von Ratten sind stets ohne Gift durchzuführen. Gleiches gilt auch für Dauerköderplätze an Befallsschwerpunkten. Erst bei Annahme der Vorköder sind Giftköder einzusetzen.
- (6) Der Unternehmer sichert zu, dass er bei der Auswahl und dem Einsatz von Rattenbekämpfungsmitteln von Herstellern und Vertriebsfirmen unabhängig ist.

§ 4 Besondere Informationspflichten

- (1) Der Unternehmer muss dem Auftraggeber jederzeit über den aktuellen Befall, die Bekämpfungsmaßnahmen, besondere Beobachtungen und Vorkommnisse Auskunft geben. Er hat unaufgefordert Vorschläge zur nachhaltigen Sanierung potenzieller Rattenherde zu unterbreiten. Überprüfungen seiner Tätigkeit durch den Kreis sind jederzeit zulässig.

- (2) Der Unternehmer liefert dem Kreis monatlich, jeweils bis zum Zehnten des Folgemonats, eine Dokumentation aller Bekämpfungsmaßnahmen und Aktivitäten.

Die Dokumentation hat zu enthalten:

Adresse des gemeldeten Befalls, Datum der Meldung, Ansprechpartner, festgestellter Befall, eingesetzte Mittel in Verabreichungsform, Art der Köderung (Feststation / Tüte / Schaum, etc.) und Menge, Datum der Erstkontrolle, der Folgekontrollen und der Befallstilgung, Beseitigung der Rückstände, Rückmeldungen an das Ordnungsamt über zu veranlassende Tätigkeiten.

Zudem hat der Unternehmer einen Jahresbericht zu erstellen und dem Kreis spätestens zum 30.04. des Folgejahres vorzulegen. Der Bericht muss - bezogen auf jede kreisangehörige Stadt - folgende Mindestangaben enthalten:

- jeweiliger Rattenbefall geordnet nach Wohnadressen
- Schwerpunkte der Bekämpfung
- Befallsveränderung inkl. Begründung
- Daten der Kanalbelegung
- Gegenüberstellung der eingegangenen Befallsmeldungen und dem tatsächlich festgestellten Befall je Gemeinde und gliedert nach Straßen

- (3) Der Unternehmer ist verpflichtet, gegenüber unbeteiligten Stellen und Personen die Vorgaben nach dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) vom 14.01.2003 zu beachten. Er sichert zu, seine Mitarbeiter und ggf. auch Subunternehmer entsprechend zu verpflichten.

§ 5 Personal und Betriebsstätte des Unternehmers

- (1) Das zur Rattenbekämpfung eingesetzte Personal muss den Bestimmungen der gewerblichen Schädlingsbekämpfung, Anhang III, Nr. 4 der Gefahrstoffverordnung in der jeweils gültigen Fassung, entsprechen. Bei allen Bekämpfungsmaßnahmen sind die Rechtsvorschriften des Tierschutzgesetzes (TierSchG) in der jeweils gültigen Fassung zu beachten, insbesondere § 4 TierSchG. Eine Mindeststärke von drei gemäß Satz 1 qualifizierten Mitarbeitern muss eingehalten werden.
- (2) Dem Kreis ist spätestens bei Vertragsabschluss eine namentliche Liste des Fachpersonals mit den jeweiligen Sachkundenachweisen vorzulegen. Bei einem Personalwechsel sind die geänderten Daten dem Kreis sofort und unaufgefordert schriftlich mit den Sachkundenachweisen vorzulegen.
- (3) Das eingesetzte Personal soll über Ortskenntnis im Kreis Mettmann verfügen.
- (4) Es sind Betriebsräume im Kreisgebiet oder in räumlich enger Anbindung vorzuhalten, in denen eine Mindestausstattung an Gerätschaft zur Rattenbekämpfung bereit steht, auf die bei Bedarf jederzeit zugegriffen werden kann.

§ 6 Haftung und außerordentliche Kündigung

- (1) Der Unternehmer haftet für alle Schäden, die dem Kreis sowie Dritten durch seine Tätigkeit und durch von ihm eingesetzte Subunternehmer bei der Durchführung dieses Vertrages entstehen. Er hat den Kreis von Schadensersatzansprüchen Dritter freizustellen.
- (2) Zur Sicherung aller Haftungsansprüche hat der Unternehmer eine Haftpflichtversicherung entsprechend den Bestimmungen des Rahmenvertrages des Deutschen Schädlingsbekämpfer -Verbandes e. V. abzuschließen, die dem Kreis spätestens bei Abschluss des Vertrages nachzuweisen ist. Die Versicherungspolice muss eine Deckung von mindestens 2 Millionen Euro bei Personenschäden und 1 Million Euro bei Sachschäden inklusive Tätigkeits- und Allmählichkeitsschäden aufweisen. Der Versicherungsvertrag darf Vertragsklauseln des nachfolgenden Inhalts nicht enthalten:
 - Kein Versicherungsschutz durch Schäden am behandelnden Gut
 - Kein Versicherungsschutz bei Außerachtlassung von Gebrauchsanweisungen und behördlichen Vorschriften

- (3) Das Recht des Kreises zur außerordentlichen Kündigung des Vertrages aus wichtigem Grund bleibt unberührt. Als wichtiger Grund gilt auch die Beantragung eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Unternehmers.

§ 7 Vergütung der Leistungen, Verzug, Vertragsstrafe

- (1) Der Kreis verpflichtet sich, dem Unternehmer während der Laufzeit des Vertrages für seine vertragsgemäßen Leistungen eine Vergütung von insgesamt xxxxxxxxx_€ netto, pro Jahr xxxxxxxx€ netto zuzüglich der jeweils geltenden Umsatzsteuer zu zahlen. Die vereinbarte Vergütung wird vierteljährlich in gleichen Teilbeträgen jeweils zum Quartalsende gezahlt.
- (2) Ist der Unternehmer mit einer Leistung im Verzug, ist der Kreis berechtigt, eine angemessene Kürzung der folgenden Quartalszahlung vorzunehmen. Verzug tritt insbesondere ein, wenn der Unternehmer nicht innerhalb von sieben Tagen die Meldungen der Ordnungsämter oder des Kreises bearbeitet oder die Kanalbelegungen nicht innerhalb von zwei Wochen nach den mit den Tiefbauämtern abgestimmten Terminen beginnt. Wird ab dem Zeitpunkt des Eintritts des Verzuges in den o.g. Fällen eine Leistung nicht innerhalb von vier Tagen (bezogen auf Meldungen der Ordnungsämter oder des Kreises) bzw. von einer Woche (bezogen auf Kanalbelegungen) erbracht, kann der Kreis dem Unternehmer anzeigen, dass er ein anderes Unternehmen mit der Erbringung der geschuldeten Leistung beauftragen wird. In diesem Fall hat der Unternehmer die dem Kreis aus der Drittbeauftragung entstehenden Aufwendungen zu ersetzen; eine Minderung gemäß Satz 1 findet dann nicht statt. Dem Kreis steht zusätzlich das Recht zu, eine Vertragsstrafe gemäß § 11 Nr. 2 VOL/B geltend zu machen. Bei der Berechnung der Vertragsstrafe wird für jeden angefangenen Werktag, in dem sich der Unternehmer in Verzug befindet, 0,2 % der Auftragssumme angesetzt – bis zu einer Obergrenze von 5 % der Auftragssumme. Weitergehende Ansprüche des Kreises bleiben unberührt.
- (3) Die Abtretung einer Forderung aus diesem Vertrag ist nur mit schriftlicher Zustimmung des Kreises zulässig.

§ 8 Vertragsdauer/ordentliche Kündigung

- (1) Der Kreis beauftragt den Unternehmer für die Zeit vom 01.01.2010 bis spätestens zum 31.12.2015. Der Vertrag läuft zunächst für den Zeitraum vom 01.01.2011 bis zum 31.12.2012. Der Vertrag verlängert sich über diesen Zeitraum hinaus jeweils um ein Jahr, wenn er nicht spätestens 3 Monate vor dem Jahresende schriftlich durch den Kreis gekündigt wird. Es besteht nur ein einseitiges ordentliches Kündigungsrecht des Kreises.
- (2) Das außerordentliche Kündigungsrecht gemäß § 6 dieses Vertrages bleibt durch die vorgenannten Regelungen unberührt.

§ 9 Sonstiges

- (1) Es gelten die Regelungen der Verdingungsordnung für Leistungen (VOL) Teil B, die Leistungsbeschreibung sowie die Bestimmungen über den Werkvertrag im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) und die ordnungsbehördliche Verordnung des Kreises Mettmann über die Rattenbekämpfung im Kreis Mettmann vom xx.xx.2010.
- (2) Gerichtsstand ist Mettmann.
- (3) Mündliche Nebenabreden wurden nicht getroffen. Änderungen des Vertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für den Wegfall des Schriftformerfordernisses. Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages unwirksam sein oder werden, wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Die unwirksame Bestimmung soll dann von den Vertragsparteien durch eine neue, wirksame Regelung ersetzt werden, die der Vorherigen am Nächsten kommt.
- (4) Die Ausschreibungsunterlagen sind Teil des Vertrages.
- (5) Jede der Vertragsparteien hat eine Ausfertigung des Vertrages erhalten.

Mettmann, den

xxxxxxx, den

Für den Kreis:

In Vertretung

Für den Unternehmer:

Thomas Hendele
Landrat

Ulrike Haase
Dezernentin für Dezernat IV

Unternehmer